

## Aktuelles aus dem Landtag

KW 37

### Schulministerin eröffnet Chaos-Tage an den Schulen in Nordrhein-Westfalen

Schulministerin Löhrmann machte in dieser Woche den Vorschlag, die Schulzeit in allen Schulformen zu flexibilisieren. Schulen könnten dann nicht mehr verlässlich arbeiten. Frau Löhrmann als designierte Spitzenkandidatin der Grünen schmeißt aber alles über den Haufen, was sie als Ministerin angekündigt hat. Gestern war G 9 scheinbar noch unmöglich. Heute soll plötzlich alles flexibilisiert werden, und zwar an allen Schulen. Offensichtlich können die Schulen sich bei dieser Regierung auf nichts mehr verlassen. Der Vorschlag betrifft alle Schulformen mit unabsehbaren Folgen.

Aber auch acht Monate vor den Landtagswahlen benötigen unsere Schulen Ruhe und Unterstützung. Wichtiger wäre, dass Frau Löhrmann sich um die Probleme beim Unterrichtsausfall, bei der unterfinanzierten Inklusion und der planlosen Unterrichtung der Flüchtlinge kümmert. Stattdessen verkündet sie unausgegorene Träume von einer irgendwie gearteten Einheitsschule, die alles gleichzeitig anbieten soll. Die CDU-Fraktion wird weiter mit den Betroffenen sprechen, mit dem Ziel, Ruhe an die Schulen zu bringen und die beste Bildung für unsere Kinder zu ermöglichen.

### Schulden finanzieren in Nordrhein-Westfalen nur die Vergangenheit

Rot-Grün verabschiedete den 2. Nachtragshaushalt. Die CDU-Landtagsfraktion übte scharfe Kritik. 144 Milliarden Schulden stehen Zinsen von 136 Milliarden Euro gegenüber, die seit 1973 an die Banken gezahlt wurden. Schulden finanzieren in Nordrhein-Westfalen keine Zukunft, sondern die Vergangenheit. So sieht die rot-grüne Generationengerechtigkeit aus. Nachtragshaushalte haben in Nordrhein-Westfalen die Qualität von Quartalsmeldungen, die bereits bei der Verabschiedung überholt sind. Auch hieran zeigt sich die finanzpolitische Konzeptlosigkeit der Regierung Kraft.

Inhaltlich werden ebenfalls keine Akzente gesetzt: Die Integration der Flüchtlinge ist eine der großen Herausforderungen für die Städte und Gemeinden - das Gelingen von Integration entscheidet sich vor Ort. Deshalb müssen unsere Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe erfolgreich zu meistern. Das haben SPD und Grüne im Landtag heute erneut verhindert. Denn wir fordern, dass jede Stadt beziehungsweise Gemeinde 2017 und 2018 für jeden neuen anerkannten Asylbewerber eine Integrationspauschale von 1.000 Euro erhalten soll. 2016 sollen die gesamten Bundesmittel von 434 Mio. Euro 1:1 an die Kommunen weitergeleitet werden. Damit lässt sich vor Ort viel bewegen und ein gutes Fundament erstellen. Dafür können die vom Bund zur Verfügung stehenden Integrationsmittel eingesetzt werden.

Auch im Umgang mit den Unwetterfolgen hat sich die Landesregierung bis auf die Knochen blamiert. Die CDU-Landtagsfraktion hatte bereits 2014 einen Vorschlag für einen Unwetterfonds vorgelegt. Dieser wurde von Rot-Grün abgelehnt. Die CDU-Landtagsfraktion will mit dem Fonds Strukturen schaffen, um den Menschen schnell zu helfen. Hieran sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen offensichtlich nicht interessiert. Unser Vorschlag wurde heute erneut abgelehnt. Rot-Grün wird nicht einmal aus Schaden klug.

## **Landesregierung gibt den Kommunen die Schuld**

Die Landesregierung lenkt beim Thema Breitband vom eigenen Versagen ab. Vielmehr soll die mangelhafte Projektanmeldung aus den Kommunen der Grund für die geringe Mittelvergabe durch den Bund sein. Anders sind die Ausführungen des Wirtschaftsministers in der Debatte im Landtag nicht zu verstehen. Dabei macht er es sich mehr als zu einfach und ignoriert die Wirklichkeit.

Denn er hatte die nordrhein-westfälischen Kommunen schlichtweg auch in der zweiten Runde nur unzureichend auf die Vergabe vorbereitet. Gleichlaufend mit den Mitteln für die Verkehrsinfrastruktur gehen dadurch Nordrhein-Westfalen dringend benötigte Millionen verloren.

Mit lediglich 2,8 Prozent der vergebenen Mittel für Nordrhein-Westfalen verfehlt die Landesregierung die von ihr selbst gesetzte Benchmark des Königsteiner Schlüssels, wonach 21 Prozent der Fördergelder in unser Land fließen sollten. Die Wirklichkeit ist auch: Die Nordrhein-Westfalen verliert nun endgültig den Anschluss an den Breitbandausbau. Das größte Bundesland droht damit zum Verlierer des digitalen Strukturwandels in Deutschland zu werden.

## **Olympische Spiele an Rhein und Ruhr wären ein Aufbruchssignal für unser Land**

Der Ideengeber für eine nordrhein-westfälische Bewerbung zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele im Jahr 2028, Sportmanager Michael Mronz, war am Gast bei der CDU-Landtagsfraktion. Er diskutierte mit den Abgeordneten über Herausforderungen und Chancen dieses Großprojekts.

Die CDU-Landtagsfraktion ist dankbar dafür, dass Michael Mronz die Debatte zur Veranstaltung Olympischer Sommerspiele in Nordrhein-Westfalen angestoßen hat. Olympische Spiele in Nordrhein-Westfalen wären ein Aufbruchssignal für unser Bundesland – mit vielen langfristigen Potentialen für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur.

Nordrhein-Westfalen hat jetzt schon vieles von dem, was zur Ausrichtung dieses Sportfestes notwendig ist. Was Rio kann, was London kann, das kann auch Nordrhein-Westfalen. Dass die Idee auch bei den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen auf Zustimmung stößt zeigt: Die Menschen an Rhein und Ruhr wünschen sich Visionen für unser Land. Die CDU-Landtagsfraktion hat einen Olympia-Antrag in den Landtag eingebracht, damit der Landtag parteiübergreifend seine Unterstützung für diese Initiative aus der Bürgerschaft signalisieren kann.

Michael Mronz dankte der CDU-Landtagsfraktion, dass sie seine Vision einer Rhein-Ruhr-Olympic City von Anfang an unterstützt hat. Nordrhein-Westfalen sei ein begeistertes Sportland und habe großes Potential. Mronz erklärte, dass Nordrhein-Westfalen eine hervorragende sportliche Infrastruktur habe, um die olympischen Spiele in Nordrhein-Westfalen zu realisieren. Es gehe nicht darum, gigantische neue Arenen zu bauen, sondern vorhandene Sportstätten intelligent zu nutzen und nachhaltige Spiele zu schaffen.

Es seien ca. 70 Prozent der notwendigen Sportstätten bereits vorhanden, die die olympischen Sportarten präsentieren könnten. Bereits heute könnten 600.000 Zuschauer in der vorhandenen Sportstätten-Infrastruktur begrüßt werden. Mronz führte aus, dass es an der Zeit sei, diese Initiative aus der Mitte der Gesellschaft gemeinsam mit der Politik voranzutreiben, damit Nordrhein-Westfalen vorbereitet sei, wenn eine Bewerbung Aussicht auf Erfolg hat.

Die Olympischen Spiele wären ein Leuchtturmprojekt für das ganze Land.

## **Rot-Grün weitet bundesweit schärfstes Steuererhöhungsprogramm aus und löst die Altschuldenproblematik nicht**

Die rot-grüne Landesregierung hat das Gesetz zur Einrichtung einer dritten Stufe des Stärkungspakts in den Landtag eingebracht. Mit einer dritten Stufe des Stärkungspaktes wird das bundesweit schärfste Steuererhöhungsprogramm weiter ausgeweitet. Der Stärkungspakt wird den Anforderungen eines nachhaltigen Hilfsprogramms auch mit der dritten Stufe weiterhin nicht gerecht.

Der Stärkungspakt ist nicht dazu geeignet, die Finanzsituation der Kommunen nachhaltig und dauerhaft zu verbessern. Er zwingt die Kommunen dazu, Steuern zu erhöhen und Leistungen zu reduzieren. Er nimmt keine Rücksicht auf die tatsächlichen Finanzverhältnisse vor Ort.

Der Stärkungspakt löst auch nicht die Altschuldenproblematik. Selbst die Kommunalschulden in Form der Kassenkredite und Schuldscheindarlehen steigen weiter. Allein bei sechs Stärkungspaktkommunen sind in den letzten vier Jahren neben Kassenkrediten noch Schuldscheindarlehen in Höhe von rund einer Milliarde Euro als zusätzliche Schulden angehäuft worden.

Zudem sind weitaus mehr Kommunen in Nordrhein-Westfalen hilfsbedürftig, als die jetzt ausgewählten Kommunen Mülheim, Alsdorf, Laer, Lünen und Heiligenhaus. Mindestens 40 weitere Kommunen befinden sich ebenfalls in einer Haushaltsnotlage. Der Stärkungspakt ist zu unflexibel, unwirksam und zu klein gedacht, um die schwierige kommunale Finanzsituation zu lösen.

Bei aller Notwendigkeit eines Hilfsprogramms für notleidende Kommunen ist und bleibt der rot-grüne Stärkungspakt in dieser Art und Weise der völlig falsche Ansatz.

## **Appell der Ministerpräsidentin kommt in der eigenen Partei und beim Koalitionspartner nicht an**

Sollte das Freihandelsabkommen CETA scheitern, wären wieder einmal große Chancen für Nordrhein-Westfalen vertan. Und was unternimmt Frau Kraft, um dieses Scheitern zu verhindern? Sie sagt, die SPD sei schon immer eine Partei gewesen, die Handelsabkommen unterstützt hat.

Davon ist derzeit nichts zu erkennen. Im Gegenteil: In mindestens 18 Unterbezirken und Ortsvereinen haben sich Ihre Genossinnen und Genossen gegen CETA ausgesprochen. Darunter Oberhausen, Bielefeld, Unna, Köln, Münster, die Heimatverbände der Minister Groschek, Kampmann, Schmeltzer, Walter-Borjans und Schulze.

Für das Abkommen zu werben, die Vorteile aufzuzeigen und ihre Basis von CETA zu überzeugen – das ist Frau Kraft offensichtlich kein Stück gelungen. Wenn die Ministerpräsidentin es ernst meint, muss sie ihre Richtlinienkompetenz als Regierungschefin anwenden. Denn wieder einmal liegt die SPD bei einer für unser Bundesland wichtigen Zukunftsfrage mit ihrem grünen Koalitionspartner über Kreuz.

Denn während Winfried Kretschmann, dessen Land Baden-Württemberg unser Nordrhein-Westfalen schon vor einigen Jahren als exportstärkstes Bundesland abgelöst hat, sich klar für das Freihandelsabkommen ausgesprochen hat, wettern nun auch die Grünen in Nordrhein-Westfalen dagegen und rufen zum Widerstand gegen CETA auf. Zukunft gestalten, Arbeitsplätze schaffen, Wohlstand sichern – das geht anders.

## **Landesregierung bleibt völlig uneinsichtig**

Es ist erschreckend, wie Minister Jäger das Scheitern der Landesregierung bei der Frauenförderung ignoriert. Trotzig und völlig uneinsichtig kündigt er nach Schönrederei der Sachlage den Gang durch die Instanzen an. Der richtige Weg wäre ein neuer Gesetzentwurf zur Neuregelung der Frauenförderung.

Diese Neuregelung muss im Dialog mit Gewerkschaften und Verbänden erarbeitet werden. Die Regierung Kraft darf sich nicht weiter hinter einem Gutachten verstecken, sondern muss die Realität endlich akzeptieren. Nur so kann schnell weiterer Schaden vom Land und unseren Beamtinnen und Beamten abgewandt werden. Woche für Woche bekommt die Landesregierung derzeit von den Verwaltungsgerichten eine „Klatsche“ nach der anderen.

Mit Beschluss vom 5. September 2016 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschieden, dass § 19 Abs. 6 LBG NRW verfassungswidrig sei, weil dem Land dafür die Gesetzgebungskompetenz fehle. In einem weiteren Beschluss vom 14. September 2016 hat sich auch ganz aktuell das Verwaltungsgericht Arnberg dieser Auffassung angeschlossen und sogar darüber hinaus neben der formalen Verfassungswidrigkeit auch die materielle Verfassungswidrigkeit festgestellt.

Die Landesregierung muss die verfehlte Regelung zur Frauenförderung im Öffentlichen Dienst schnellstens korrigieren und eine mit den Gewerkschaften und Verbänden erarbeitete Neuregelung vorlegen. Dies ist umso wichtiger, weil es in der Beschreibung des Zieles eine breite parlamentarische Mehrheit gibt, dass die Frauenförderung verbessert werden muss.

## **Neues Bild vom Alter zeigt eine aktive Generation**

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Armin Laschet, empfing den Vorstand der Landesseniorenvertretung.

Der Blick auf die älteren Menschen müsse auf ihre Potenziale, Fähigkeiten und auf ihre Aktivitäten gerichtet sein, sagte Laschet nach dem Gespräch.

Wer Alter nur mit Krankheit oder Hilfsbedürftigkeit verbinde, verkenne, was die älteren Generationen an vielen Stellen der Gesellschaft leisten: im Berufsleben, im Ehrenamt, in den Familien und Nachbarschaften. Dieses neue Bild vom Alter sei bei der rot-grünen Landesregierung nicht angekommen. Es war ein fundamentaler Fehler, die Zuständigkeit für die Älteren aus einem generationenübergreifenden Ministerium zu lösen und in ein Ministerium zu verlagern, das sich mit Pflegebedürftigen beschäftigt.

Ältere Menschen fordern zurecht die Unterstützung der Politik. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für mehr barrierefreie Wohnquartiere ein, in denen die Versorgung mit den notwendigen Dienstleistungen – vom Lebensmittelhändler bis zum Hausarzt – gewährleistet ist. Gerade im ländlichen Raum braucht es zudem ein ÖPNV-Angebot, das Älteren Mobilität sichert. Zudem müssen die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenvertretungen in den kommunalen Räten verstärkt werden.

Die Landesseniorenvertretung tritt für all diese Anliegen der älteren Generationen engagiert ein. Sie ist die starke Stimme der Älteren in Nordrhein-Westfalen und ein wichtiger Partner für die CDU-Landtagsfraktion.